

Saale-Beitung.

Neunundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen werden die 6 gepaltene Kolonietafel oder deren Raum mit 30 Bg. berechnet und in untern Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Bekleben die Seite 1 Wt. Schluss der Anzeigen-Aufnahme: vorm. 11 Uhr, in der Sonntagsnummer abends 6 Uhr. — Abbestellungen von Anzeigenaufträgen, sowie solche zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen. Ercheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17. Nebengeschäftsstelle: Markt 24

Nr. 317.

Halle, Sonnabend, den 10. Juli

1915.

Die deutsche Antwort auf die amerikanische Lusitania-Note.

WTB. Berlin, 9. Juli.

Die Antwort der Kaiserlich deutschen Regierung auf die amerikanische Note vom 10. Juni d. J. ist gestern überreicht worden. Sie lautet wie folgt:

Der Unterzeichnete beehrt sich, Sr. Excellenz dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn James W. Gerard, auf die Note vom 10. Juni d. J. — S. O. Nr. 3814 über die Beeinträchtigung amerikanischer Interessen durch den deutschen Unterseebootskrieg Nachstehendes zu erwidern:

Die Kaiserliche Regierung hat mit Genugtuung aus der Note entnommen, wie sehr es der Regierung der Vereinigten Staaten am Herzen liegt, die Grundzüge der Menschlichkeit auch im gegenwärtigen Kriege verwirklicht zu sehen. Dieser Appell findet in Deutschland vollen Widerhall, und die Kaiserliche Regierung ist durchaus geneigt, ihre Verletzungen und Entschuldigungen auch im vorliegenden Falle ebenso von den Prinzipien der Humanität bestimmen zu lassen, wie sie dies stets getan hat.

Dankbar hat es die Kaiserliche Regierung begrüßt, daß die amerikanische Regierung in ihrer Note vom 15. Mai d. J. selbst anerkannt hat, wie sich Deutschland in der Behandlung des Seerechts seitens von Grundgesetzen des Fortschrittes und der Menschlichkeit hat leisten lassen. In der Tat haben seit der Zeit, wo Friedrich der Große mit John Adams, Benjamin Franklin und Thomas Jefferson den Freundschafts- und Handelsvertrag vom 10. November 1785 zwischen Preußen und der Republik des Westens vereinbarte, deutsche und amerikanische Staatsmänner in dem Kampfe für die Freiheit der Meere und für den Schutz des friedlichen Handels immer zusammengewandert. Bei den internationalen Verhandlungen, die später zur Regelung des Seerechts gepflogen wurden, sind Deutschland und Amerika gemeinsam für fortschrittliche Grundzüge, insbesondere für die Abschaffung des Seebeuterechts, sowie für die Wahrung der neutralen Interessen eingetreten. Auch bei Beginn des gegenwärtigen Krieges hat sich die deutsche Regierung auf den Wunsch der amerikanischen Regierung sofort bereit erklärt, die von dem Seerechtsrechtserklärung zu ratifizieren und sich dadurch bei der Verwendung ihrer Unterseebootskrajfahrzeuge allen dort vorgesehenen Beschränkungen zu unterwerfen. Ebenso hat Deutschland stets an den Grundgesetzen festgehalten, daß der Krieg mit der bewaffneten und organisierten Macht des feindlichen Staates zu führen ist, daß dagegen die feindliche Zivilbevölkerung nach Möglichkeit von den kriegerischen Maßnahmen verschont werden muß. Die Kaiserliche Regierung hegt die bestimmte Hoffnung, daß es beim Eintritt des Friedens, oder sogar schon früher gelingen wird, das Seerechtsrecht in einer Weise zu ordnen, die die Freiheit der Meere verbürgt, und sie wird es mit dankbarer Freude begrüßen, wenn sie dann Hand in Hand mit der amerikanischen Regierung arbeiten kann.

Wenn in dem gegenwärtigen Kriege, je länger je mehr, die Grundzüge durchbrochen worden sind, die das Ziel der Zukunft sein sollen, so trägt die deutsche Regierung keine Schuld daran.

Der amerikanischen Regierung ist es bekannt, wie von vornherein und in steigender Mäßigkeit Deutschland Gegner darauf ausgegangen sind, unter Postulierung von allen Regeln des Völkerrechts und unter Mißachtung aller Rechte der Neutralen durch die völlige Rahmlegung des friedlichen Verkehrs mit Deutschland und den neutralen Ländern nicht sowohl die Kriegführenden, als vielmehr das Leben der deutschen Nation vernichten zu treffen. Am 3. November v. J. hat England die Nordsee zum Kriegsgebiet erklärt und der neutralen Schifffahrt die Durchfahrt durch Legung schiefer verankerter Minen, sowie durch Anfallen und Aufbringung der Schiffe aufs äußerste gefährdet, so daß es tatsächlich neutrale Küsten und Häfen gegen alles Völkerrecht blockierte. Lange vor Beginn des Unterseebootskrieges hat England auch die legitime neutrale Schifffahrt nach Deutschland so gut wie völlig unterbunden. So wurde Deutschland zum Handelskrieg mit U-Booten gezwungen. Bereits am 16. November v. J. hat der englische Premierminister im Unterhause erklärt, daß es die Hauptaufgabe Englands sei, zu verhindern, daß Nachschubmittel für die deutsche Bevölkerung über neutrale Häfen nach Deutschland gelangen.

Seit dem 1. März d. J. endlich nimmt England von den neutralen Schiffen alle nach Deutschland gehenden, sowie alle von Deutschland kommenden Waren, auch wenn sie neutrales Eigentum sind, ohne weiteres weg. Wie fernerhin die Waren, so sollen jetzt die Deutschen vor die Wahl gestellt werden, ob sie mit ihren Frauen und Kindern dem Hungerode erliegen oder ihre Selbstständigkeit aufgeben wollen.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht.

Vergebliche russische Anstrengungen bei Krasnik.

WTB. Wien, 9. Juli. Amtlich wird verlautbart, 9. Juli: Russischer Kriegsjahrbuch.

Die allgemeine Lage im Nordosten ist unverändert. In Rußland-Polen wird aus den Höhen nördlich von Krasnik weitergekämpft. Wie an den vorhergehenden Tagen, wurden auch gestern an mehreren Stellen der Front äußerst heftige russische Angriffe zurückgeschlagen. Befehle der Weichsel wurden alle genommenen russischen Vorstellungen behauptet.

Italienischer Kriegsjahrbuch.

An der südtäländischen Front herrichte gestern verhältnismäßig Ruhe. Ein italienischer Flieger war bei Görz zu einer Notlandung gezwungen.

Im Kärntner und Tiroler Grenzgebiet Geschützkampf und Scharnigel. Ein Angriffsversuch zweier feindlicher Bataillone auf den Col di Lana (bei Suchenstein) wurde abgewiesen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Hoejer, Feldmarschallleutnant.

Torpediert.

WTB. London, 9. Juli. Der Dampfer „Did“ von der Wilson-Linie, der in der letzten Woche mit Mähe einem deutschen U-Boot entronnen war, ist an der Küste von Nordschottland von einem Torpedo getroffen und versenkt worden. Die Besatzung wurde gerettet.

Während uns unser Feind laut und offen den Krieg ohne Gnade und bis zu völliger Vernichtung ansgesagt hat, führen wir den Krieg in der Strenge für unsere nationale Ehre und um eines dauernden geschickten Friedens willen. Den erklärten Absichten unserer Feinde und der von ihnen angewandten völkerrechtswidrigen Kriegführung haben wir den Unterseebootskrieg anpassen müssen. Bei allen grundsätzlichen Bemühungen, neutrales Leben und Eigentum nach Möglichkeit vor Schädigung zu bewahren, hat die deutsche Regierung schon in der Vergangenheit vom 4. Februar rückhaltlos anerkannt, daß durch den Unterseebootskrieg Interessen der Neutralen in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Aber ebenso wird auch die amerikanische Regierung zu würdigen wissen, daß die Kaiserliche Regierung in dem Dolzeinstamp, der Deutschland von seinen Gegnern aufgezwungen und angekündigt ist, die heilige Pflicht hat, alles, was irgend in ihrer Macht liegt, zu tun, um das Leben der deutschen Untertanen zu schützen und zu retten. Wollte die Kaiserliche Regierung die ihre Pflichten vernachlässigen, so würde sie sich vor Gott und der Geschichte der Verletzung derjenigen Prinzipien höchster Humanität schuldig machen, die die Grundlage jedes Staatswesens sind.

Mit erschreckender Deutlichkeit zeigt der Fall der „Lusitania“, zu welcher Gefährdung von Menschenleben die Art der Kriegführung unserer Gegner führt. Durch die unter Verletzung von Brämen erfolgte Anweisung an die britischen Handelschiffe, sich zu armenieren und die Unterseeboote zu erkennen, ist in ihrer fernsten Widerspruch mit allen Grundgesetzen des Völkerrechts jede Grenze zwischen dem Handels- und Kriegsschiffen vernichtet und die Neutralen, die die Handelschiffe als Feinde benutzten, allen Gefahren des Krieges in erhöhtem Maße ausgesetzt worden. Hätte der Kommandant des deutschen Unterseebootes, welches die „Lusitania“ versenkte, Mannschaften und Reisende vor der Torpedierung ausbooten lassen, so hätte dies den sicheren Untergang seines Bootes bedeutet. Nach allen bei der Verletzung viel kleinerer und weniger seetiätiger Schiffe gemachten Erfahrungen war zu erwarten, daß ein so mächtiges Schiff, wie die „Lusitania“, auch nach der Torpedierung lange genug im Wasser bleiben würde, um die Passagiere in die Schiffsboote gehen zu lassen. Umstände ganz besonderer Art, insbesondere das Vorhandensein großer Mengen hochexplosiver Stoffe an Bord haben die Erwartung

getäuscht. Außerdem darf noch darauf hingewiesen werden, daß bei Schonung der „Lusitania“ Tausende von Kisten mit Munition den Feinden Deutschlands zugeführt und dadurch Tausende von deutschen Müttern und Kindern ihrer Ernährer beraubt worden wären.

In dem Geiste der Freundschaft, von dem das deutsche Volk gegenüber der Union und ihren Bewohnern seit den ersten Tagen ihres Bestehens bezeugt ist, wird die Kaiserliche Regierung immer bereit sein, auch während des gegenwärtigen Krieges alles ihr Mögliche zu tun, um der Gefährdung des Lebens amerikanischer Bürger vorzubeugen.

Die Kaiserliche Regierung wiederholt daher die Versicherung, daß amerikanische Schiffe in der Ausübung der neutralen Schifffahrt nicht gehindert und das Leben amerikanischer Bürger auf neutralen Schiffen nicht gefährdet werden soll.

Um unvorherzuehende, bei der Setztgehrung der Gegner Deutschlands mögliche Gefährdung amerikanischer Passagierdampfer auszuweichen, werden die deutschen Unterseeboote angewiesen werden, solche durch besondere Anzeichen kenntlich gemacht und in angemessener Zeit vorher angelegte Passagierdampfer frei und sicher passieren zu lassen. Dabei bleibt sich die Kaiserliche Regierung allerdings der zuverlässigen Hoffnung hin, daß die amerikanische Regierung die Gewähr dafür übernimmt, daß diese Schiffe keine Kontrabande an Bord haben. Die näheren Vereinbarungen für die unbehelligte Fahrt dieser Schiffe würden von den beiderseitigen Marineministern zu treffen sein.

Zur Schaffung ausreichender Reisegelegenheit für amerikanische Bürger über den Atlantischen Ozean stellt die deutsche Regierung zur Erwägung, die Zahl der verfügbaren Dampfer dadurch zu vermehren, daß eine angemessene der genannten Vereinbarungen unterliegende Zahl neutraler Dampfer unter amerikanischer Flagge in den Passagierdienst unter den gleichen Bedingungen wie die vorbenannten amerikanischen Dampfer eingestellt wird.

Die Kaiserliche Regierung glaubt annehmen zu dürfen, daß auf diese Weise ausreichende Gelegenheiten für amerikanische Bürger zu Reisen über den Atlantischen Ozean zu schaffen sind. Eine zwingende Notwendigkeit für amerikanische Bürger, in Kriegszeiten auf Schiffen unter feindlicher Flagge nach Europa zu reisen, dürfte demnach nicht vorliegen. Insbesondere vermag die Kaiserliche Regierung nicht zuzugestehen, daß amerikanische Bürger ein feindliches Schiff durch die bloße Tatsache ihrer Anwesenheit an Bord zu schiffen vermögen. Deutschland ist lediglich dem Beispiel Englands gefolgt, als es einen Teil der See zum Kriegsgebiet erklärte. Anfälle, die in diesem Kriegsgebiet Neutralen auf feindlichen Schiffen zuließen, könnten daher wohl nicht anders beurteilt werden als Anfälle, denen Neutralen auf dem Kriegsschauplatz zu tun und zu jederzeit ausgesetzt sind, wenn sie sich trotz vorheriger Warnung in Gefahr begeben.

Sollte sich jedoch die Erneuerung neutraler Passagierdampfer für die amerikanische Regierung nicht in ausreichendem Umlange ermöglichen lassen, so ist die Kaiserliche Regierung bereit, seine Einwendungen dagegen zu erheben, daß die amerikanische Regierung vier Passagierdampfer feindlicher Flagge für den Passagierverkehr Nordamerika — England unter amerikanische Flagge bringt. Die Zusage für die „freie und sichere“ Fahrt amerikanischer Passagierdampfer würde dann unter den gleichen Vorbedingungen auch auf diese vier feindlichen Passagierdampfer ausgedehnt werden.

Der Herr Präsident der Vereinigten Staaten hat in demselben Sinne sich zur Übermittlung und Anregung von Vorschlägen an die Großbritannische Regierung, insbesondere wegen Verenderung des Seerechts bereit erklärt. Die Kaiserliche Regierung wird stets von den guten Dienen des Herrn Präsidenten gern Gebrauch machen und gibt sich der Hoffnung hin, daß seine Bemühungen sowohl im vorliegenden Falle wie auch für das große Ziel der Freiheit der Meere zu einer Verständigung führen werden.

Indem der Unterzeichnete dem Herrn Botschafter bittet, Vorstehendes zur Kenntnis der amerikanischen Regierung zu bringen, benutzt er dieses Anlaß, um Sr. Excellenz die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

(S.) v. Jaqow

Die Antwortnote der deutschen Regierung ist in der Form entgegenkommen, und bietet den Vereinigten Staaten die Hand zu einer Verständigung, in der Sache aber bleibt sie unverändert wie seit auf dem deutschen Recht der Selbstverteidigung gegen Englands Gewaltpolitik bestehen. Es ist das eine feste und würdige Sprache, die jedenfalls auch jenseits des Ozeans verstanden wird.

bestimmten Mitteilung wird anerkannt, daß einzelne Grana-
ten auf schwedisches Gebiet gefallen sind, während in den
anderen Mitteilungen behauptet wird, daß die Beschießung
des „Albatros“ durch die russischen Streitkräfte sofort aufge-
hört habe, als die Kriegsschiffe sich der schwedischen Küste
näherten. Die Stockholmer Presse spricht sich außer-
ordentlich scharf gegen diese Doppelzählung aus.
Teils der z. B. in der Zeitung aus, wodurch ohne
Zweifel im Auslande der Ansicht herrschen wird, daß
ob die schwedische Regierung einen angeblich unbedeutenden
Vorfall zu einem wichtigen internationalen Streitfälle habe
aufbauen wollen, um die Aufmerksamkeit des Auslandes auf
sich zu lenken.

Das Unterseeboot und die Seeherrschaft.

Von Kapitän zur See a. D. L. Verlin.

R. M. A. Man darf von der Herrschaft in einem Gebiete
sprechen, wenn man dort jede feindliche Handlung zu ver-
hindern imstande ist. Eine Macht beherrscht einen Meerest-
teil, solange ihre Kriegs- und Handelschiffe sich in ihm un-
gehindert und ohne Gefahr bewegen können. So lautet bisher
die Erklärung für den Begriff der „Seeherrschaft“. Sie
müßte sich infolge der Welt in Erscheinung tretenden Wirk-
samkeit der Unterseebootskräfte eine Umwandlung gefallen
lassen. Immerhin sollte man sich vor Ueberbehauptung hüten.
So geht es nicht an, daß man sagt, unsere Unterseeboote be-
herrschten z. B. die Nordsee oder gar die sämtlichen englischen
Küstenhäfen. Wohl vermöchten sie im allgemeinen den
britischen Drednoughts als Unterfall die sicheren Häfen an-
zuweisen, d. h. die größten und modernsten Schlachtschiffe wurden
genötigt, ihre Häfen im Dienstbestimmung einzuschränken,
nämlich in den Gewässern vor den feindlichen Küsten aufzu-
treten und zu verhindern, daß sich dort Kriegs- und Handels-
fahrzeuge des Gegners zeigen. Man gewahrt sich das selb-
stige Schauspiel, daß alle wertvollen Geheißteinstellen, die
bisher dazu berufen waren, die Seegeleitung in erster Linie
zu repräsentieren, so ziemlich von der Bildfläche verschwinden
sind, wenigstens soweit es die europäischen Gewässer angeht,
d. h. die, welche sich in der Nähe der Bälten von Unterseebooten
befinden. Die stark armierten und gepanzerten Schlachtschiffe
würden also durch die Unterseeboote als „unbedingte“ Träger
der Seeherrschaft etwas ausgeschaltet. Wohlverstandener als
„unbedingte“ Träger, denn es wäre vorzuziehen, sich heute, da
die Unterseebootskräfte noch im Entwicklungsstadium der
Fortschritte und da noch keinerlei beachtenswerte Verluste aufzu-
wärtigen, unternehmen würden, ein vernünftiges Urteil
über die Schlachtschiffe und ein unbedingt preisendes über die
Unterseebootskräfte zu fällen.

Manche recht enthusiastische Einschätzung des Untersee-
bootes wurde nach den ersten Erfolgen deutscher Untersee-
boote geübt. Nicht nur bei uns, auch in anderen, besonders
in den kleinen neutralen Ländern. Kleinen Seeflächen dünnt
die Aussicht, mit geringen Mitteln Seegeleitung zu erlangen
und nicht mehr dem Willen seemächtiger Völker untertan zu
sein, verlockend. Der in ruhiger Sachlichkeit die Verhältnisse
prüfende müßte von vornherein vor jeder Ueberbehauptung
warnen. Bedingungslos rühmte laut — die Verleitung dreier
englischer Panzerkreuzer am 22. September innerhalb einer
Stunde — sich eine bisher unerreichte Leistung von aller-
dings übermäßigem Aufwand. Die daraufhin allzu laut die
Niederbringung Ozeantransporter durch deutsche Unterseeboote
vorausgesagt, sind nun enttäuscht. Sie glauben, die Ver-
richtung der Transportdampfer, die Seebälten von den briti-
schen Inseln auf französischen Boden überlesen, die Ver-
richtung der Schiffe, die aus Amerika Kriegsmaterial be-
fordern, und nicht das Unmöglichkeit, die Vernichtung der eng-
lischen und französischen Schlachtschiffe durch unsere Untersee-
boote würden rascher vollzogen gehen. Nur ein durch Sach-
kenntnis ungetrübter Blick konnte begreifen, daß möglich
halten. Gewiß: das Unterseeboot ist der gefährlichste Feind
der großen Kriegsschiffe. Seine Unlösbarkeit, die Gewärtig-
keit, wirksame Hörschirmwirkung ausfindig zu machen, die
zerstörerische Gewalt seiner Waffen, Torpedos — die imstande
sind, durch eine oder mehrere Ladungen Drednoughts zu-
gänglich zu gefährden, das alles sind Faktoren, die sich nirgends
sonst in einem Kriegsschiffstypus, besonders nicht in einem so
kleinen Fahrzeug, wie es das Unterseeboot ist, vereinen finden.
Das Unterseeboot wirkt zwar, wenn es nicht direkt in die
Ergebnung tritt, durch die ständige Sorge vor seinen An-
griffen auf die Nerven der an Bord der großen Schiffe Be-
findlichen. Die dadurch bedingte Herabsetzung der Leistungsfähig-
keit des Personals liegt auf der Hand.

Auf der anderen Seite leidet jedoch der Verlauf der Er-
gebnisse auf dem Seekriegsgebiete, daß die erfolgreiche Be-
schießung der Unterseeboote außerordentliche Kräfte an Per-
sonal und Material bedingt. Es genügt nicht nur eine große
Zahl von Unterseebooten. Auch hervorzuheben vor-
schickliche Besatzungen müssen zur Verfügung stehen, um
dem überaus gefährlichen Dienst und den an das militä-
rische und technische Können die höchsten Anforderungen
stellenden Aufgaben gewachsen zu sein.

Wenn die Tätigkeit der Unterseeboote unter diesen Ge-
sichtspunkten beurteilt wird, muß das Ergebnis der deutschen
Unterseebootkriegführung jeden folgerichtig denkenden Heer-
friedigen. Unsere Unterseeboote hielten die englischen
Gefechtsflotte fernab von unseren Küsten, sie bewirkten, daß
die englische Flotte nur unter Anwendung von Sicherheitsmaß-
regeln, die wiederum ihre Aktionsfreiheit wesentlich in Frage
stellten, sich aus den schützenden Häfen wagte, sie trieben die
englischen Kriegsschiffe vom Eingang der Dardanellen fort,
sie lähmten die Zufuhr unserer Gegner an Kriegsmaterial
und Nahrungsmitteln und endlich minderten sie die
Leistungsfähigkeit des gesamten feindlichen Kriegsschiffs-
und Handelschiffspersonals. Das sind feilschende Tatsachen,
und der Erkenntnis wird dazu dienen, den Wert des Untersee-
bootes in seinem vollen Umfange besser würdigen zu lernen.

Wäre es auch heute vorzuziehen, von einer Seeherrschaft
ausgeschlossen zu gelten, daß ihnen im weiteren Verlauf der
Ereignisse eine solche bei entsprechendem Wachen der Quan-
tität und Qualität der Waffe zugewillt werden muß, falls
sich hierdurch das völlige Verwinden der großen Kriegs-
schiffe von den Meeren als Notwendigkeit einstellen würde.
Wenn dieser Zustand noch während dieses Krieges eintritt,
hätte der britische Ex-Marineminister Churchill einmal
recht vorausgesehen. Er sagte in seiner Hülfs-Einstellung
am 26. März 1913 im Unterhause: „Man hat sich überal-
l dem gewöhnt, lediglich nach Drednoughts zu rechnen. Aber
vielleicht kommt der Tag, an dem die Stärke der Flotten über-
haupt nicht mehr in Drednoughts gemessen wird und die
sogenannte Seemachtspolizei in einer völlig anderen Form
von Schiffbaukonstruktion) aufbaut werden muß.“ Das

heißt mit anderen Worten, die Seeherrschaft wird nicht mehr
durch Schlachtschiffe, sondern durch Unterseeboote gewährleistet.
Churchill war im übrigen nicht der einzige Prophet. Der
englische Admiral Scott schrieb am 5. Juni 1914 in den
„Times“: „Die Unterseeboote haben die Dalesberechtigung
der Schlachtschiffe auf. Eine Flotte mit vielen Häfen und
harten Handelschiffen würde nur nach Nachteil, wenn der
Angriff eine große Zahl von Unterseebooten bedingt.“ Der
französische Admiral Rouvier meinte, der Gebrauch
von Unterseebooten von Seiten des Verteidigers schließe jede
Blockade und jeden Angriff auf Landbesitzungen aus. Der
englische Admiral — bis vor einigen Monaten erster Seelord
der Admiralität — Fisher äußerte bereits im Jahre 1905:
„Die Unterseebootskräfte sind die gesamte Kriegführung zur
See revolutionär.“ Und der bekannte französische Untersee-
bootskonstrukteur Laubeur fragte vor kurzem: „Kann
man behaupten, daß Panzerschiffe die See beherrschen, da die
deutschen Unterseeboote Schiffe nicht vor uns und den
englischen Sätzen verlor.“

Die Aussprüche dieser Autoritäten sind naturgemäß ge-
eignet, der Ueberbehauptung der Unterseebootskräfte Vorlauf zu
leisten. Um so mehr muß vor zu großen Erwartungen, die an
die Wirksamkeit unserer Unterseeboote geknüpft werden
können, gewarnt werden. Wir müssen Geduld haben! Man
den Gelagten wird ersichtlich, daß das Unterseeboot an und
für sich wohl befähigt ist, die Tätigkeit der Drednoughts in
Frage zu stellen, ja womöglich auszuschalten, daß aber eine
außerordentlich große Zahl von Unterseebooten mit leistungs-
fähigem Personal dazu gehört, die Seeherrschaft im eige-
entlichen Sinne des Begriffes zu errinnen.

Der Krieg gegen Frankreich.

Frankreichs Vorbereitungen für den Winterfeldzug.

c. B. Genf, 9. Juli. Da man in Frankreich mit einem
Winterfeldzug rechnet, wird von einigen Blättern der Vor-
schlag gemacht, die Jahresklasse 1917, deren Ausmusterung
dieser Monat beendet wird, für den Dezember zu den Fahnen
einzuberufen.

Der amtliche französische Bericht.

WTB. Paris, 9. Juli. Der amtliche Bericht von gestern
nachmittag meldet u. a.: Im Gebiete nördlich von Arras
heftige Infanteriekämpfe. Nördlich der Straße Bethune-
Arras wurde ein deutscher Angriff, dem eine sehr starke
Beschießung voranging, völlig zurückgeworfen. Nördlich
von Soissons bemängelten wir uns einer Reihe deutscher Schützen-
batterien, deren Vereitler nidebergemacht worden waren. Wir
rieten darüber hinaus vor, nähmen einige Mann gefangen
und erbeuteten ein Geschütz. Soldaten wurden befohlen. In
den Kronen Gewehr und Geschützfeuer. Bei Marie-
Thérèse wurde ein deutscher Angriff zurückgeworfen. Zwischen
Maas und Mosel war die Nacht sehr bewegte.

Eine neue Waffe der französischen Truppen?

c. B. Die Kopenhagener „Berlingske Tidende“ erzählt
aus London: Die französischen Truppen setzten in den letzten
Tagen mit einer neuen Waffe versehen worden, die im An-
griff wie in der Verteidigung gleich wirkungslos sei.

Der angegriffene Mittelrand.

WTB. Genf, 9. Juli. Blättermeldungen aus Paris zu-
folge verlangte der Deputierte Joffre bei der gestrigen Inter-
pellation in der Kammer den Ministern des Kriegsministeriums.
Ministerpräsident Viviani ergriff das Wort zur Verteidigung
Mittelrands und stellte die Vertrauensfrage. Das Haus
nahm, wie schon gemeldet, die Vertrauens-Tagesordnung an.

Disziplinlosigkeit in der englischen Dardanellenarmee.

c. B. Konstantinopel, 8. Juli. Die Operationen an den
Dardanellen nehmen seit einigen Tagen einen sehr bedrück-
lichen Fortgang. Während trotz der heftigsten Kämpfe die
heftigsten Positionen seit Wochen unverändert blieben,
ist es jetzt durch einen Kühnen Angriff der Türken gelungen,
mehrere wichtige Schützengraben des rechten Ufers den
Engländern zu entreißen. Bei der Gelegenheit sind zwei
bemerkenswerte Ereignisse beobachtet worden. Die
Franzosen, von denen auch einige gefangen genommen
wurden, setzten sich aus jungen, kaum über siebz-
zehn Jahre alten Mannschaften zusammen. Sie machen einen geradezu bedauernden
Eindruck. Unter den Engländern zeigen sich er-
neutliche Anzeichen von Disziplinlosigkeit und Er-
müdung. Die englischen Führer mühen sich zu den härtesten
Mitteln Zuflucht nehmen, um ihre Truppen in der Hand
zu halten. So feuern die hinter der Hauptfront befindlichen
zweiten englischen Schützengraben in barmherzig auf
ihre eigenen Leute, wenn beim Angriff Schützen
zurückbleiben oder sich mit Fluchtabsichten tragen.

Neue Dardanellenopfer?

c. B. Aus dem Haag, 9. Juli. Aus London wird ge-
meldet, daß in der vorigen Woche ein neuer Transport fran-
zösischer Truppen, etwa 20 000 Mann, von einem Schwad-
ron französischer Kreuzer und Torpedos begleitet, von Tou-
lon nach den Dardanellen in See gegangen ist. Wie die
englische Admiralität mitteilt, hat Humilton, der Ober-
befehlshaber an den Dardanellen, in der vorigen Woche der
englischen Regierung mitgeteilt, daß die Streitkräfte auf
Gallipoli einen monatlichen Ersatz von mindes-
tens 35 000 bis 45 000 Mann benötigen, um die Ge-
fangenen, Verwundeten, Toten und Kranken ersetzen zu
können.

Die englischen Kriegsvorgänge in Oberhaus

WTB. London, 8. Juli. Tennant verfielerte aus eine
Anfrage, daß die Einrichtungen für die an den Dardanellen
Verwundeten in Alexandria in den ersten Wochen hin-
reichend gewesen seien. Für das Hindringen der Verwunden-
ten könne er diese Versicherung nicht abgeben. Der Ober-
kanzler legte aus eine Anfrage, die Ansprüche der Ueber-
lebenden der „Lutitania“ könnten dem Foreign Office ange-
meldet werden. Tennant bekräftigt aus eine weitere Frage,
daß die Verminderung der Geschützanzahl gewisser Batterien
nicht wegen Mangel an Geschützen erfolgt sei, sondern auf
Grund der Ansicht der militärischen Sachverständigen. — Bei
der Kommissionsberatung der Registrierungsbill beantragte

der Liberale Hogge, die Registrierung freiwillig zu machen,
sag aber später diesen Antrag zurück. Verschiedene Verbesse-
rungsanträge wurden darauf abgelehnt.
Lord Selbourne legte, ein Fleischmangel bestände nicht
wegen Verringerung der Einfuhr, sondern wegen der Ver-
sorgung der Armeen; außerdem könne die Unterseeboots-
schiffahrt sich leicht vergrößern. Man müsse die Folgen berech-
nen, die entstehen könnten, wenn die englische Flotte weniger
erfolgreich in ihrer Wachsamkeit und die deutsche Flotte
erfolgreicher in ihrem Angriff sein würde.

Der Jahrestag des Kriegsbeginns in England.

TU. London, 9. Juli. Die Regierung hat der Agence
Havas zufolge vor, den Jahrestag des Eintritts Englands in
den Krieg durch Abhaltung patriotischer Versammlungen
im ganzen Lande zu begehen.

Montenegro bleibt in Sautari.

Notterdam, 9. Juli. Die Londoner „News“ meldet zen-
suriert: Auf die Vorstellungen des englischen Gesandten in
Cettinje verweigert Montenegro die Uebergabe Sautaris an
die Italiener.

Die Serben in Durazzo.

c. B. Chisio, 9. Juli. Der Einzug der Serben in Du-
razzo erfolgte laut Turiner „Gazzetta del Popolo“ unter be-
geisternden Kundgebungen der Bevölkerung. Die Serben sind
überzeugt, daß ihre diesmalige Besetzung von Durazzo end-
gültig ist. Die Regierung vereinbarte einen Vertrag mit
Essad Pascha über die Errichtung einer Telephon- und Tele-
graphenverbindung.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Ernennung der italienischen Angriffe.

c. B. Aus dem Kriegspropagandabüro, 9. Juli.
Im Argebiet herrscht heute Ruhe. Am Brüdertopf
von Giza wurden zwei schwache Angriffe der Italiener
abgewiesen. Vor dem Plateau von Zoberdo fanden gestern
abend kleinere unbedeutende Vorstöße statt, doch unterhielten
die Italiener den ganzen Tag über Artilleriefeuer. Nachts
und heute vormittag herrschte überall Ruhe. Um 4 Uhr
früh warf ein feindlicher Flieger auf Nablina einige
Bomben ohne Erfolg ab.

Die italienische Regierung ordnet Flaggen-
mißbrauch an!

c. M. Wien, 9. Juli.

Das „Nachrichtenblatt“ meldet aus Lugano: Die italienische
Regierung beschloß infolge des Vorfalls der österreichischen
Marine in der Adria den ausführenden italienischen Handels-
schiffen den Gebrauch neutraler Flaggen.

Generalfeldmarschalls v. d. Goltz' Gruh an 70 Stuttgarter
Jugendmänner.

c. B. Stuttgart, 9. Juli. Auf einen Gruß den 70 Jung-
männern Stuttgarts an Generalfeldmarschall v. d. Goltz ge-
sandt hatten, ging dieser Tage aus dem Großen Hauptquar-
tier unterm 23. Juni nachfolgende Antwort ein: Herzlichen
Dank von der Macht an Vespors für den freundlichen
Gruh. Mögen die 70 jungen Männern bermalen tüchtig
haushalten und Mütter hochgenuter Söhne werden, die das
Vaterland gegen eine Welt von Feinden zu schützen wissen.

Eine bittere Pille für Frankreich.

WTB. Paris, 9. Juli. Blättermeldungen aus Athen
zufolge hat der griechische Marineminister einstimmig beschloffen,
die in Frankreich gemachte Bestellung eines Panzerkreuzers
rückgängig zu machen.

Deutsches Reich.

Die neuen Höchstpreise für Getreide.

c. B. Berlin, 9. Juli. Die Veröffentlichung der neuen
Höchstpreise für Getreide wird, wie wir hören, in der näch-
sten, spätestens zu Beginn der übernächsten Woche erfolgen.
Das Inkrafttreten der Petroleumhöchstpreise.

WTB. Berlin, 9. Juli. Nach der Bekanntmachung des
Bundesrates über Höchstpreise für Petroleum und die Vertei-
lung der Petroleumbestände wird der Reichsfinanzminister die
Grundpreise bestimmen, nach denen die Verteilung der Pe-
troleumbestände an die Verbraucher zu erfolgen hat. Diese
Bestimmungen treten sofort in Kraft. Die weiteren Be-
stimmungen, namentlich diejenigen über die Höchstpreise,
treten am 15. Juli in Kraft.

Der Hansa-Bund über eine wirtschaftliche Annäherung
der Mittelmächt.

Der Hansa-Bund hatte seinen Subsidiarität und die
Kriegsentlastung zu einer gemeinsamen Versammlung in Berlin
zusammenberufen, die zu der Möglichkeit der Durchführung
der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und
Oesterreich-Ungarn Stellung nehmen sollten. Die überwie-
gende Mehrheit der Versammlung erklärte in Ueberein-
stimmung mit den aus Oesterreich-Ungarn gekommenen
Mitgliedern das Ziel einer wirtschaftlichen Annäherung der
beiden politisch verbündeten Staaten für erwünscht. Dieser
Anschluß der Mehrheit gab die folgende, mit allen gegen
zwei Stimmen angenommene Entschließung Ausdruck, der auch
das Präsidium des Hansa-Bundes beigetreten ist:

Der Hansa-Bund begrüßt die Anregungen des Oester-
reichisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes in Wien, eine
engere wirtschaftliche Annäherung zwischen Oesterreich-
Ungarn und dem Deutschen Reich herzustellen und zu
diesem Zweck die beteiligten Regierungen aufzufordern,
alsbald in amtliche Beratungen hierüber einzutreten. Ob-
wohl in Deutschland noch vielfach stark abweichende An-
sichten in dieser Frage vorhanden sind, ist der Hansa-Bund
mit dem erwähnten österreichischen Verband, sowie dem
Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverband in
Berlin und dem Mittel-europäischen Wirtschaftsverein für
Deutschland der Uebereinstimmung, daß für solche engere wirt-
schaftliche Annäherung sich Formen finden lassen, in welchen
sie, unter voller Berücksichtigung der Selbständigkeit der

